

Essay

Die Verdammung des Mannes

Dem Feminismus ist es gelungen, den Mann zu diffamieren. Nicht mehr Ausgleich zwischen den Geschlechtern zählt, sondern Verächtlichmachung und Feindseligkeit gegenüber allem Männlichen / Von Gerhard Amendt

Die Friedensnobelpreisträgerin Doris Lessing gab 2001 auf die brisante Frage, die das „Time Magazin“ bereits vor Jahren seinen Lesern gestellt hatte, eine drastische Antwort. Die Frage selber war in ein vielsagendes Bild und einen harmlosen Text aufgeteilt, der orakelte: Sind Männer wirklich so? Das Cover zeigte einen eleganten Anzug, vervollständigt um Hemd mit ausgewählter Krawatte, aus dem zur Personifizierung der zeitgenössischen Männlichkeit der Kopf eines Schweins herausragte. Die Frage schien dringend und keineswegs abwegig. Denn in den USA hatte nicht nur eine Lorena Bobbitt ihrem schlafenden Mann den Penis abgeschnitten, weil er sie sexuell nicht beglückt hatte. Mehrere solcher „Schweine“ wurden damals wegen verfehlter Beglückung kastriert. Die amerikanische Feministin Barbara Ehrenreich fand das politisch durchaus korrekt und meinte, dass die meisten Frauen damit einverstanden seien.

Natürlich ließ auch Alice Schwarzer wissen, dass die deutsche Frau fürderhin die Messer nicht mehr nur zum Hacken von Petersilie verwenden werde. Damit war die Rückkehr zum archaischen Faustrecht als Lösung partnerschaftlicher Probleme verkündet. Und so kam es, dass sich das als friedfertig gepriesene Geschlecht zur Vergeltung, Rache, vor allem aber zur Herabsetzung der Männer verleiten ließ. Ebenso wenig widersprach es, als in der Talkshow von Kerner das Urteil fiel, wonach Frauen, die Männer lieben, nur Verachtung verdienten. Zeitgleich wurde dem weiblichen Geschlecht die Bürde auferlegt, dass es ob der nachgesagten Friedfertigkeit allein die Zukunft der Menschheit verkörpern könne. Wenn man sich denn der Hoffnung hingeben könne, dass angesichts der herrschenden Männlichkeit eine solche Zukunft überhaupt noch eine Chance habe. Diesen Verkündigungen trat niemand entgegen. Und so mauserte sich der Widerspruch von weiblicher Friedfertigkeit und gleichzeitiger aggressiver Männermissachtung über die Jahre zu einer unwiderstehlichen Mode der Männerabwertung.

Das ist noch immer chic und lässt keinen Lebensbereich unberührt. Und ebenso ist kein Ende abzusehen. Obwohl vor allem in der jungen Generation allmählich Gereiztheit über die allgegenwärtigen Phantombilder von den bösen Männern und ihrem notwendigen Korrelat, den guten Frauen, aufkommt. Doris Lessings Empörung über die Schweinskopfmethapher gab den Ton vor, der sich zu verallgemeinern beginnt. Schockiert sei sie über die gedankenlose Abwertung von Männern, denn die dümmsten, ungebildetsten und scheußlichsten Frauen könnten die herzlichsten, freundlichsten und intelligentesten Männer niedermachen, ohne dass irgendjemand etwas dagegen tue. Die Abwertung des Männlichen sei so sehr Teil unserer Kultur geworden, dass sie kaum noch wahrgenommen werde. Ihr Verdikt über die „Emanzenkultur“ lautete: Denkfaulheit und Heimtücke.

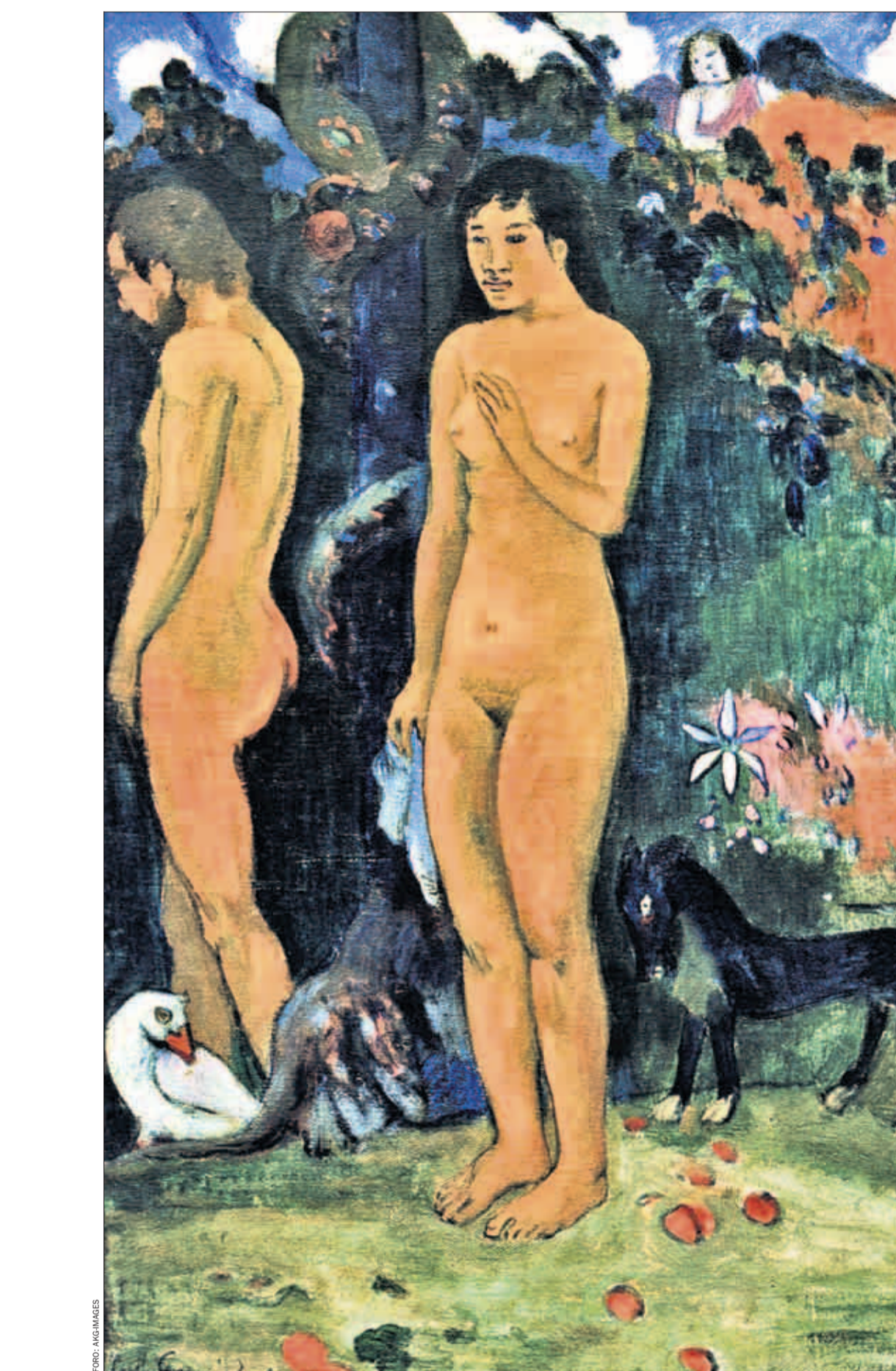
Den Wandel, den sie in der Kultur zeichnete, beschrieben andere als Gang in die Mysandrie, die tiefe Abneigung gegen das andere Geschlecht. Das führte dazu, dass in einigen Milieus, nicht zuletzt in universitären, der fundamentale Respekt vor Männern verloren ging. In Deutschland geschah es leise, in den USA als lautstarke Political Correctness. Nur, vom politisch organisierten Feminismus, geschweige denn einer feministischen Bewegung ist mittlerweile nichts übrig geblieben. Doris Lessings Verdikt und noch mehr die identitätspolitische Rückrufaktion der französischen Philosophin Julia Kristeva kamen spät. Gerade Kristeva hatte dem binär denkenden Feminismus, der die Differenzen zwischen Frauen

so nachdrücklich verleugnet, wie er die feindselig polarisierte Welt von Männern und Frauen für die eigene Lebensorientierung braucht, viele Jahre unwidersprochen als Gewährsrau gedient. Das Reden von der sexuellen Identität als einem unwandelbaren Gehäuse binärer Starre, all das hat die Feindseligkeit zwischen Männern und Frauen gefördert: Obendrein hat es den demokratischen Prozess geschwächt. Der Genderfeminismus hat die Männer gekränkt. Auch wenn sie dazu schweigen oder alles witzelnd verharmlosen. Nicht weniger schlimm, dass er Frauen daran gehindert hat, die Differenzen zu benennen, die sie voneinander trennen; die persönlichen, die kulturellen, sozialen wie ihre Vorlieben. Indem er Frauen ein Bewusstsein ihrer Differenz untersagte, stellte er sich gegen das Persönliche, den Kern, der die Individualisierung vortreibt.

Diese lähmende Dynamik funktioniert nur, wenn ein Feind vorhanden ist, der den Frauen passt. Nicht viel anders funktionieren das Vorurteil und der Fremdenhass. Deshalb wurde Männlichkeit zum unterschiedslosen Einheitsfeind erkoren.

Was aber ist überhaupt noch vom Feminismus übrig geblieben außer der mysandrischen Stimmung? Keineswegs der lange Marsch durch die Institutionen, den die 68er eingeschlagen haben. Mithilfe des mitleidigen Sozialstaates wurden vielmehr bürokratische Strukturen für die Verwirklichung feministischer Ziele von der Bundesebene bis hinunter in die Kommunen eingerichtet. Für das Verbliebene ist typisch, dass es parallel oder ergänzend zu bestehenden Einrichtungen verläuft. Es führt ein Eigenleben, das vor Konkurrenz und vor allem vor Evaluation abgeschirmt ist. Also vor den Fragen, wem diese Politik nützt, ob sie überhaupt etwas nützt und ob sie möglicherweise sogar den gesellschaftlichen Prozess beschädigt. Im Wesentlichen erleben wir zwei Funktionen. Zum einen gibt man vor, Frauen zu fördern, und zum anderen muss die mysandrische Ideologie am Leben erhalten bleiben, die Frauen als Opfer ausbildet und Männer als deren geborene Täter. Der Schibboleth der Gewalt ist für die Ideologie des Feminismus, in deren eigenem Selbstverständnis, so konstitutiv wie die Arbeit für die marxistische Theorie des Kapitalismus. Mit dieser Ideologie ist auf jeden Fall die Diskriminierung aller Männlichen hinreichend zu rechtfertigen.

Im Dienste dieser Ideologie sind Bundesministerien, die seit Langem männliche Lebenswelten von der Erforschung ausschließen. Sie haben lediglich Frauen und Mädchen als Opfer im Blick. Deren Probleme erforschen sie, und Hilfsprojekte werden für sie ins Leben gerufen. Wenn Jungen und Männer hingegen nicht funktionieren, dann sind sie „out“. Sie werden nach archaisch anmutenden Männerbildern behandelt: Entweder sie funktionieren, oder sie sind untauglich. Allenfalls im Umfeld von Arbeitsmarktpolitik gibt es Aufmerksamkeit für deren Probleme. Denn an ihrer Rolle als Familienernährer soll nicht gerüttelt werden. Und trotzdem sind Männer für Forderungen immer noch gut. Etwa nach mehr gemeinsamer Zeit mit den Kindern. Oft vom Unterton beherrscht, dass Arbeit für den Lebensunterhalt nicht als Sorge für die Kinder zähle. Und der Ruf nach mehr Väterlichkeit ist zweiseitig. Männer sollen sich den Kindern öfter direkt zuwenden, vorzugsweise aber doch nach den Vorstellungen der Mütter. Väterlichkeit innerhalb der häuslichen vier Wände wird ihnen somit vorgegeben. Der 12. Kinder- und Jugendbericht der rot-grünen Koalition ging einen gewaltigen Schritt weiter. Dort wird zeitgenössische Väterlichkeit als von



Mann und Frau hatten schon im Paradies ein angespanntes Verhältnis, das sah auch Maler Gauguin. Der radikale Feminismus hat sie endgültig auseinander getrieben und voneinander entfremdet

männlicher Gewalt kontaminiert kurzerhand als schädlich für Kinder ausgegeben. Eine neue Väterlichkeit brauche das Land. Und weil in guter deutscher Tradition Mütter nur als die Besten imaginiert werden können, empfiehlt die Expertin, dass Väter so werden wie Mütter sind. Väterlichkeit soll sich in Mütterlichkeit verwandeln. Der Mann im Vater soll keine Rolle mehr spielen. Dann könne man die Kinder den Vätern wieder anvertrauen. Während Lorena Bobbitt ihrem Ehemann den Penis abschnitt, hält es die Expertin mit einer symbolischen Kastration. Aber das ist nicht von weniger aggressivem Neid getrieben.

Solche Entwertungen sind zumeist kampagnenartig organisiert und zielen auf kollektive Umerziehung.

Die SPD-Familienministerin hat 2001 eine solche Kampagne veranstaltet. Zurzeit versucht die Frauenministerin der SPD, alle Väter mit einer Plakatflut in Österreich zu diskriminieren. Unter dem Titel „Verlobt. Verlobt. Verprügelt“ wird auf Plakaten eine spielende Mutter mit Sohn gezeigt. Eigentümlicherweise tragen beide Kopfhelme und Schutzweste. Mit fragender ahnungsvollen Augen blicken sie zu einem Mann auf. Der schaut fast gesichtslos von oben auf beide herab. So als schwebte der Vater als dunkle Macht über Frauen und Kindern.

Ein Fortschritt: Diesmal hat die Vaterbeschimpfung die Kritik der hoch angesehenen Wiener Institute für Erziehungshilfe hervorgerufen. Sie haben sich gegen die Dämonisierung des Mannes und Vaters in den Familien gewandt. Solches ist neu,

denn es setzt der Politik der Mysandrie ungewohnte Grenzen. Es scheint so, als kehre das Wissen um die bilaterale Komplexität von Männern und Frauen allmählich wieder zurück. Denn im Gegensatz zur gleichheitsrechtlich orientierten Frauenbewegung hat der Genderfeminismus die Demokratisierung und Humanisierung der Beziehung zwischen Männern und Frauen aufgegeben. Er hat sie durch ein Freund-Feind-Verhältnis ersetzt.

Der Autor ist Professor am Institut für Geschlechter- und Generationenforschung der Universität Bremen. Einer seiner Schwerpunkte ist seit einigen Jahren die Väterforschung. Er ist der Zwillingbruder von Günter Amendt

forum@welt.de

Dokumentation



Michael S. Cullen

Schaut auf Tempelhof

Am 9.1.2008 habe ich im Radioprogramm des Offenen Kanals Berlin dafür plädiert, dass so viele Berliner wie möglich zu den Bürgerämtern gehen sollen, um ihre Unterschrift für das Volksbegehren zu leisten, das das Ziel hat, den Flughafen Tempelhof offen zu halten. Ich bat die Berliner Bevölkerung also, sich gegen den erklärten, aber nicht begründeten Willen des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit auszusprechen! Ich möchte heute noch einen Schritt weiter gehen und diejenigen, die wie ich der SPD angehören, dazu auffordern, so vernehmlich wie nur irgend möglich – und also nicht nur mit Unterschrift für das Volksbegehren – auf die Politiker unserer Partei einzuwirken, mit dem Ziel, dass sie ihre trotzige Haltung in Sachen THF überdenken.

Um etwaige Missverständnisse von vornherein auszuräumen, möchte ich betonen, dass es mir einzig und allein um Berlin, um Berlin heute, um Berlins Vergangenheit und um Berlins Zukunft geht! Als einseitige Stellungnahme zum Beispiel zugunsten der Berliner CDU sind meine

■ Es geht um Berlin, Berlin heute, seine Vergangenheit, seine Zukunft

Ausführungen selbstverständlich nicht zu deuten – sie wären in dieser Lesart auch nicht glaubwürdig. Mir geht es also tatsächlich allein um das Sachthema Flughafen Tempelhof.

Der „Tagesspiegel“, bisher zur Frage der Stilllegung relativ unterkühlt, berichtete vom Engpass in Tegel. Der Flughafen sei für fünf Millionen Passagiere konzipiert worden; jetzt sind es jährlich 13 Millionen; Platz für wartende Flugzeuge gibt es nicht. Sie fliegen nach Tempelhof und parken dort, bis sie benötigt werden. Auf dem Boden und bei den Starts kommt es zu Verzögerungen: Zu wenig Platz für Passagiere in der Halle, zu wenig Parkraum für die wartenden Flugzeuge. Der Senat riskiert mit der bewussten Überlastung von Tegel einen gefährlichen Engpass, der vermeidbar wäre, wenn man den Flughafen Tempelhof als aktiven Airport und nicht als Parkplatz für überflüssige Jets nutzen würde. Auch der „Tagesspiegel“ empfiehlt Wowereit, dass er auf die Berliner hört – was jetzt zu sehen ist, sei „angewandte Sturheit“.

Nicht einmal die Flughafens-Holding ist konsequent. Am 14. Januar erklärte sie, was stolz sie sei, dass es ab diesem Tage Direktflüge von Tegel zum Londoner City-Flughafen gäbe – und listete die vielen Vorteile des Londoner City-Flughafens auf. Die Berliner Flughafengesellschaft will nun Berlins funktionierenden City-Flughafen Tempelhof im Zusammenwirken mit dem Berliner Senat bereits im Oktober 2008 schließen, während Berlin den 60. Jahrestag der Luftbrücke feiert.

Mit der Gründung des Flughafens Tempelhof wurde der Stadt eine innovative Infrastruktur gegeben, die jetzt nicht verloren gehen darf. Alle SPD-Mitglieder, die meiner Meinung sind, bitte ich, unserem Freund und Regierenden Bürgermeister deutlich kundzutun, dass die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof für Berlin von einer zentralen Bedeutung ist.

Der in New York geborene Autor lebt seit über 30 Jahren als freier Journalist und Buchautor in Berlin. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze, Artikel und Bücher zu markanten Berliner Bauwerken, unter anderem dem Brandenburger Tor, und war Initiator der Reichstagsverhüllung von 1995

forum@welt.de

Leserbriefe DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71608, E-Mail: forum@welt.de

Dank an die Freunde

Zu: „Die Botschaft der Luftbrücke“; WELT vom 15.1.

Herr Döpfner, vielen Dank, Sie sprechen mir aus dem Herzen! 1945 war ich 13 Jahre alt und habe erlebt, wie wir in den Folgejahren nach tiefer Verzweiflung wieder Zuversicht fassen konnten aufgrund der vielfältigen Hilfe durch die Amerikaner. Viele sagen, die US-Regierung verfolgte damit nur ihre eigenen Interessen. Aber dieser Vorwurf ist absurd, weil das nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht einer jeden Regierung ist. Was damals geschah, ging aber weit darüber hinaus: Mit den Carepaketen wollten amerikanische Bürger der leidenden deutschen Bevölkerung helfen. Auch die Luftbrücke und ihre Opfer, wie Sie sie beschrieben haben, zeugen von Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit. Der Marshallplan half beim Aufbau unserer Wirtschaft, anders als nach dem Ersten Weltkrieg. Moralische Unterstützung und die ausgestreckte Hand gaben uns wieder Selbstachtung. Und vor

allem: Der Schutz unserer jungen Demokratie durch die Stationierung namhafter Streitkräfte an der innerdeutschen Grenze machte die spätere Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit erst möglich. Die Amerikaner waren es, die uns dazu die notwendige moralische und tatkräftige Hilfe gaben, entgegen dem Willen mancher unserer Nachbarn.

Wir verdanken unseren amerikanischen Freunden unendlich viel, deshalb verdienen sie, ganz gleich welche Partei oder welcher Präsident am Ruder ist, unsere uneingeschränkte Solidarität!

Louis-Ferdinand Sauvart, Hamburg

Gefährdete Konvertiten

Zu: „Gefährliche Mission“; WELT vom 14.1.

Danke für Ihren fairen und mutigen Beitrag. Es tut gut, dass Sie ein „heißes Eisen“ rechtzeitig anpacken, bevor es zu spät ist, nämlich die Bewahrung einer Freiheit, die nicht durch Angst und falsch verstandene Toleranz beseitigt werden darf: die Freiheit jedes

Bürgers und jeder Bürgerin, seine Meinung mit jedem anderen Bürger oder jeder anderen Bürgerin so zu diskutieren, dass man einander auch einladen darf, die eigene Meinung gegebenenfalls zu ändern, wenn in einer Diskussion überzeugende Argumente dazu bewegen. Es darf nicht sein, dass Religionen und Weltanschauungen (es sei denn, sie lehnen bewusst unser Grundgesetz und die darin zentral festgestellten Menschenrechte ab!) vom Staat oder sonst wem ein Verbot erteilt bekommen, ihre Überzeugung einladend zu präsentieren und in die Diskussion über den besten Weg mit einzubringen. Die Sorge und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen dafür, dass ein Meinungsstreit dabei in unserem Land ohne Gewalt stattzufinden hat – diese Fürsorge allerdings ist dann sehr wohl Staatsaufgabe.

Rüdiger Fuchs, Lensahn

Den Artikel finde ich sehr wertvoll. Wenn hier in Deutschland für Konvertiten die Situation derart prekär ist, kann man sich vielleicht ein wenig vorstellen, wie es denn erst in den islamisch bestimmten Ländern ist, z.

B. auch der Türkei. Die deutsche Öffentlichkeit hat von dem allen kaum eine brauchbare Vorstellung. Viele werden dafür dankbar sein, dass dieses Thema von Ihnen behandelt worden ist. Ich möchte Sie ermutigen, weiterhin über die Situation dieser bedrängten Minderheiten zu berichten. Ich bin seit vielen Jahren Abonnent der WELT und bin dankbar, dass Sie auch Themen behandeln, die an anderer Stelle kaum zu finden sind.

Bernd Schirmmacher, Gießen

Fehler des Wahlrechts

Zu: „Sie küssen und sie schlagen sich“; WELT vom 17.1.

Es ist richtig: Die neue deutsche Republik leidet an einem Konstruktionsfehler, der aber in den ersten Jahrzehnten der alten Bundesrepublik nicht so deutlich wie heute erkennbar war. Dieser Fehler liegt aber nicht – wie der Gastkommentator Franz Walter meint – an den Parteien, sondern am Wahlrecht. Hätten wir ein klares Mehrheitswahlrecht wie in Großbritannien oder Kanada,

gäbe es stets klare Mehrheiten und damit eine jeweils klare Regierungsverantwortung. Zugleich hätte der Souverän, der Wähler, die Möglichkeit, eine Regierung bzw. die sie tragende Partei deutlich abzuwählen. Das ganze Hickhack, das wir nicht nur erst jetzt erleben, gäbe es nicht. Doch Deutschland ging nach 1949 den Weg des Minderheitenschutzes in Gestalt des Verhältniswahlrechtes – mit der Folge, dass oft genug der Schwanz mit dem Hund wedelte. Das wird sich nicht ändern lassen – so, wie die Machtverhältnisse sind! Wir müssen weiterhin mit unserer Frustration leben.

Prof. Dr. Reinhard Kuhnert, Schwäbisch Gmünd

Zornesröte im Gesicht

Zu: „Harte Strafen erhöhen die Rückfallquote“; WELT vom 15.1.

Manche Stellungnahmen zu dieser Thematik treiben mir mittlerweile wirklich nur noch die Zornesröte ins Gesicht. Jüngstes Beispiel dafür sind die Aussagen des Kriminologen Wolfgang Heinz, wenn dieser zum

Beispiel ausführt, „die aktuellen Zahlen zur Jugendkriminalität spiegeln nichts anderes als die klassische Age-crime-Kurve vergangener Jahrzehnte wider“, auf Deutsch: Bei Jüngeren ist die Bereitschaft, Verbrechen zu begehen, vergleichsweise größer, und durch die Medien habe sich „die Wahrnehmung verändert“. Soll man Jugendkriminalität also als Naturgesetz akzeptieren, ohne etwas dagegen zu unternehmen, weil es eben halt so ist? Sodann beklagt Heinz, dass ein 15-Jähriger in U-Haft „seinen Freiheitsdrang nicht mehr ausleben kann. Das ist wirklich ein Trauma.“ Bei dieser Feststellung kommen mir wirklich die Tränen. Was ist denn aber, wenn dieses „Ausleben“ bislang darin bestand, anderen Menschen Schaden zuzufügen? Was ist denn mit dem Trauma desjenigen, der von diesem 15-Jährigen halb totgeschlagen wurde? Was ist mit dem durch eine Gewalttat zugefügten Schaden, der den Freiheitsdrang des Opfers beschädigt? Offensichtlich geht es hier immer noch mehr um die Interessen der Täter als um die Leiden und Verletzungen der Opfer.

Wolfgang Müller-Tamke, Bonn